

---

**Vorsitz: Armenien**

## **980. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 23. Juni 2021 (über Videokonferenz)  
  
Beginn: 10.00 Uhr  
Unterbrechung: 11.00 Uhr  
Wiederaufnahme: 15.05 Uhr  
Schluss: 17.55 Uhr
  
2. Vorsitz: Botschafter A. Papikyan  
L. Grigoryan

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte der Vorsitz das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die technischen Modalitäten für die Durchführung von FSK-Sitzungen während der COVID-19-Pandemie laut FSC.GAL/31/21 OSCE+.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

*Die Lage in und um die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/243/21) (FSC.DEL/243/21/Add.1), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (Anhang 1), Vereinigtes Königreich (Anhang 2), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/242/21), Kanada (Anhang 3), Russische Föderation

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Beitrag des FSK zur Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2021:*  
Vorsitz
- (b) *Ankündigungs- und Mahnmechanismus nach FSK-Beschluss Nr. 10/02 (FSC.DEC/10/02):* Vorsitz

- (c) *Start eines E-Learning-Kurses des FSK zu konventioneller Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen: Vertreterin/Vertreter des Konfliktverhütungszentrums*
- (d) *Einladung zu einer Veranstaltung zum Verhaltenskodex der OSZE zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit vom 29. September bis 1. Oktober 2021 in Stockholm (CIO.GAL/70/21 OSCE+): Schweden*
- (e) *Unterrichtung über die multinationale Militärübung „Sea Breeze 2021“ vom 28. Juni bis 10. Juli 2021: Ukraine (Anhang 4), Vereinigte Staaten von Amerika*

Punkt 3 der Tagesordnung: **SICHERHEITSDIALOG: TRANSPARENZ BEI MILITÄRISCHEN ÜBUNGEN UND AKTIVITÄTEN**

- *Vortrag von Oberstleutnant K. Muradjan, stellvertretender Leiter der Abteilung für Verteidigungspolitik, Verteidigungsministerium, Armenien*
- *Vortrag von Flottillenadmiral A. Ristau, Leiter der Unterabteilung II (Sicherheits- und Verteidigungspolitik), Bundesministerium der Verteidigung, Deutschland*
- *Vortrag von Herrn J. J. Castillo, Lehrbeauftragter und Kodirektor des Albritton Center for Grand Strategy, The Bush School of Government and Public Service, Texas A&M University*
- *Vortrag von Oberst R. Vartok, Leiter der Abteilung Militärpolitik, Bundesministerium für Landesverteidigung, Österreich*

Vorsitz, Oberstleutnant K. Muradjan (FSC.DEL/248/21), Flottillenadmiral A. Ristau (FSC.DEL/257/21 OSCE+), J. J. Castillo (FSC.NGO/3/21 OSCE+), Oberst R. Vartok (FSC.DEL/247/21 OSCE+), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/259/21/Rev.1), Georgien (FSC.DEL/252/21 OSCE+), Belarus (FSC.DEL/251/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/245/21 OSCE+), Schweiz (Anhang 5), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 6), Kanada, Ukraine (FSC.DEL/246/21/Rev.1/Corr.1), Russische Föderation (FSC.DEL/249/21) (FSC.DEL/250/21), Türkei (Anhang 7) (FSC.DEL/254/21) (FSC.DEL/253/21), Armenien (Anhang 8) (Anhang 9), Aserbajdschan

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 7. Juli 2021, um 10.00 Uhr über Videokonferenz

---

**980. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 986, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER VERTRETUNG DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Sloweniens übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertretung der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Herr Vorsitzender,

der schwedische OSZE-Vorsitz hat den Schwerpunkt der Erörterungen in unserer Organisation diesen Monat auf die Konfliktlösung in der OSZE gelegt, die auch für die Europäische Union höchste Priorität hat. Wir sehen dem regulären Informationsaustausch über die sicherheitspolitischen Herausforderungen einschließlich Konflikten im Rahmen der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz erwartungsvoll entgegen. Wir wissen es zu schätzen, dass die Amtierende Vorsitzende Ann Linde dieses Jahr bereits zum zweiten Mal die Ukraine besucht hat, was die Priorität unterstreicht, die sie der friedlichen Lösung dieses Konflikts beimisst.

Unser Standpunkt hinsichtlich der russischen Aggressionen und der rechtswidrigen Annexion der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch Russland ist wohlbekannt. Wir bekräftigen unsere Überzeugung, dass die OSZE den Teilnehmerstaaten eine unentbehrliche Plattform für den Dialog über diesen und andere Konflikte im OSZE-Raum bietet. Wir werden daher weiterhin auf diesen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht und die für die Sicherheit in Europa grundlegenden OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen hinweisen, solange diese Situation nicht behoben ist. Dieses Kapitel ist entgegen einzelner Erklärungen Russlands, die wir hier sporadisch in verschiedenen OSZE-Foren zu hören bekommen, noch nicht abgeschlossen.

Folglich weisen wir die Selbstdarstellung Russlands als Vermittler in einem „innerukrainischen Konflikt“ zurück, durch die sinnvolle Erörterungen in der Trilateralen Kontaktgruppe und im Normandie-Format erschwert werden. Um eine nachhaltige Lösung des Konflikts zu finden, bedarf es einer offenen und ehrlichen Diskussion über seine Natur sowie des politischen Willens zur Umsetzung der jeweiligen Verpflichtungen. Wir fordern daher Russland auf, als Konfliktpartei Verantwortung für seine Handlungen zu übernehmen und sich in gutem Glauben auf die Erörterungen über die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen einzulassen.

Wir unterstreichen auch die Bedeutung der militärischen Transparenz in den Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten. Die Missachtung der Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument, wie sie von Russland während und nach seinem jüngsten militärischen Aufmarsch an den Tag gelegt wurde, ist dem Wiederaufbau des Vertrauens nicht förderlich. Auf dieses Thema werden wir heute später im Rahmen des Sicherheitsdialogs noch ausführlicher eingehen.

Die allgemeine Sicherheitslage in der Konfliktzone bleibt instabil (auch wenn die Verletzungen der Waffenruhe in letzter Zeit wieder abgenommen haben). Wir bedauern die wachsende Zahl der Opfer in der Zivilbevölkerung und unter den ukrainischen Militärangehörigen. Seit Anfang des Jahres hat die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) 37 zivile Opfer bestätigt, von denen 27 auf Minen zurückzuführen sind. Erneut hat die SMM im Zuge ihrer Tätigkeit zur Ermöglichung des Betriebs der Filterstation in Donezk Explosionen im Umkreis von fünf Kilometern um die Station verzeichnet sowie schweres Maschinengewehrfeuer registriert, als ein Bus mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Filterstation in Donezk vorbeifuhr. Diese spezifischen Gewaltakte stellen eine unmittelbare Bedrohung für die Versorgung von mehr als 380 000 Zivilpersonen mit sauberem Wasser dar und verschärfen die humanitäre Krise. Wir wiederholen, dass die Waffenruhe am besten gewahrt werden kann, wenn beide Seiten ihre in der Trilateralen Kontaktgruppe eingegangenen Verpflichtungen umsetzen und sich an die zusätzlichen im Juli 2020 vereinbarten Maßnahmen halten. Wir bedauern daher alle militärischen Provokationen und zollen der Ukraine unsere Hochachtung für ihre Zurückhaltung.

Der SMM wird in den Gebieten, die effektiv von den von Russland unterstützten bewaffneten Verbänden kontrolliert werden, fast tagtäglich der Zugang verwehrt, und ihre unbemannten Luftfahrzeuge sind ständigen Signalstörungen ausgesetzt. Wir schließen uns den klaren Worten an, die die amtierende Vorsitzende Ann Linde bei ihrem Besuch in der Ukraine fand: dass nämlich diese kontinuierliche Aushöhlung der ohnehin bereits begrenzten Beobachtungsmöglichkeiten der SMM nicht hinnehmbar ist und dem Mandat der SMM zuwiderläuft, das vorsieht, dass die Mission in der gesamten Ukraine sicheren und ungehinderten Zugang erhält. Wir fordern Russland auf, seinen erheblichen Einfluss auf die von ihm unterstützten bewaffneten Verbände zu nutzen, um sicherzustellen, dass alle Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der SMM aufgehoben werden.

Wir halten unerschütterlich an unserer Aufforderung an alle Seiten fest, die Minsker Vereinbarungen rasch und vollständig umzusetzen und ihren Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen, um eine nachhaltige politische Lösung des Konflikts im Einklang mit den OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen zu erzielen. Die Achtung dieser Prinzipien und Verpflichtungen muss wiederhergestellt werden. Wir unterstreichen die diesbezügliche Verantwortung Russlands und fordern es erneut auf, seinen erheblichen Einfluss auf die von ihm unterstützten bewaffneten Verbände zu nutzen, um diese Verpflichtungen vollständig zu erfüllen. Wir bekräftigen unsere tiefe Besorgnis über die Präsenz militärischer Ausrüstung und militärischen Personals aus Russland in der Konfliktzone. Wir fordern Russland auf, seine finanzielle und militärische Unterstützung der bewaffneten Verbände umgehend einzustellen. Die Waffenruhe muss eingehalten werden. Alle durch die Minsker Vereinbarungen regulierten Waffen müssen abgezogen werden. Alle ausländischen bewaffneten Verbände, sämtliche ausländische militärische Ausrüstung und alle

ausländischen Söldnerinnen und Söldner müssen aus der Ukraine entfernt werden. Es ist wesentlich, dass die Ukraine wieder die vollständige Kontrolle über ihre Staatsgrenze erlangt.

Wir erinnern an unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Souveränität, territoriale Integrität, Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und fordern Russland auf, es uns gleichzutun. Wir richten die dringende Aufforderung an Russland, diese grundlegenden Prinzipien, auf die es sich selbst so oft berufen hat, anzuerkennen und durch Taten und öffentliche Erklärungen dazu beizutragen, dass sich die Lage stabilisiert und Schritte rückgängig gemacht werden, die gegen diese Prinzipien verstoßen. Wir verurteilen nachdrücklich die eindeutige Verletzung der ukrainischen Souveränität und territorialen Integrität durch Angriffshandlungen der russischen Streitkräfte seit Februar 2014 und die rechtswidrige Annexion der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation, die wir nicht anerkennen werden. Wir fordern Russland weiterhin auf, die ungehinderte und freie Durchfahrt zum und vom Asowschen Meer in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht zu gewährleisten. Wir bringen unsere tiefe Besorgnis über die Maßnahmen Russlands zur Blockade der Zufahrt zu Teilen des Schwarzen Meers, unter anderem in der Nähe der rechtswidrig annektierten Krim und der Straße von Kertsch, sowie über die anhaltende groß angelegte Militarisierung der Halbinsel Krim durch Russland, die sich weiterhin auf die Sicherheitslage in der Schwarzmeerregion und darüber hinaus auswirkt, zum Ausdruck.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien<sup>1</sup>, Montenegro<sup>1</sup> und Albanien<sup>1</sup>, die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen sowie die Ukraine, die Republik Moldau, Georgien, Andorra und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

---

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

---

**980. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 986, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender, diese Erklärung bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt, der von der Ukraine eingebracht wurde.

Das Vereinigte Königreich ist weiterhin besorgt über die anhaltenden Spannungen aufgrund der jüngsten Verstärkung der militärischen Aktivitäten Russlands an der ukrainischen Grenze und auf der rechtswidrig annektierten Krim.

Auch wenn manche Teile der russischen Streitkräfte anscheinend an ihre permanenten Stützpunkte zurückgekehrt sind, sind wir fast zwei Monate nach der von Russland bekanntgegebenen Frist für den Abzug nach wie vor besorgt über Berichte, die darauf hindeuten, dass sich seine Streitkräfte noch immer in großer Zahl konzentriert in der Nähe der ukrainischen Grenze und auf der rechtswidrig annektierten Krim aufhalten.

Wir sind weiterhin enttäuscht darüber, dass die Russische Föderation sich nicht konstruktiv auf die verfügbaren OSZE-Prozesse und -Mechanismen zur Schaffung der nötigen Transparenz und zur Deeskalation der Lage eingelassen hat und dies auch weiterhin bewusst nicht tut. Dies betrifft auch die Reaktion auf die ukrainische Besorgnis betreffend den militärischen Aufmarsch in der Nähe ihrer Grenzen und auf der rechtswidrig annektierten Krim nach Kapitel III des Wiener Dokuments, und das trotz wiederholter Aufforderungen anderer Teilnehmerstaaten an Russland, auf diese berechnigte Besorgnis einzugehen und für Transparenz zu sorgen.

Wir müssen daher die Frage stellen: Warum verweigert sich Russland einer konstruktiven Mitarbeit im Sinne und Geist seiner Verpflichtungen als Unterzeichner des Wiener Dokuments? Seine diesbezügliche Untätigkeit trägt wenig zur Vertrauensbildung in der Region bei und schafft bewusst Ungewissheit.

Das Vereinigte Königreich fordert Russland erneut auf, die verfügbaren OSZE-Prozesse und -Mechanismen zu nutzen, unter anderem durch Unterrichtungen in diesem Forum, um für die notwendige Transparenz zu sorgen, damit den begründeten Besorgnissen von Teilnehmerstaaten, auch in Bezug auf den Abzug seiner Streitkräfte, Rechnung getragen und die Lage dadurch entschärft wird.

Herr Vorsitzender,

dass Russland nicht für Transparenz sorgt und diesbezüglich kein konstruktives Vorgehen an den Tag legt, ist nur das jüngste Beispiel dafür, wie seine mangelnde Achtung vor den OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen die Sicherheit in unserer Region untergräbt. Seit 2014 hat die Russische Föderation unter Verletzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen Truppen auf die Krim und in die Stadt Sewastopol entsandt, rechtswidrig souveränes ukrainisches Hoheitsgebiet annektiert und versucht, die Ukraine zu destabilisieren, indem sie den Konflikt im Donbass schürt und anheizt.

Im Zusammenhang mit diesen aggressiven Handlungen Russlands hat das Vereinigte Königreich die Operation Orbital ins Leben gerufen, um die Fähigkeiten der ukrainischen Streitkräfte zu verbessern und damit unsere unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zu demonstrieren. Wir sind stolz darauf, im Rahmen dieser Operation über 21.000 Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte eine defensive, nicht eskalationsorientierte militärische Ausbildung geboten zu haben. Unsere Absicht ist es, ihre defensive Widerstandsfähigkeit zu stärken, die Entwicklung langfristiger, nachhaltiger Fähigkeiten zu unterstützen und Leben zu retten. Im Jahr 2020 haben wir unsere Ausbildungstätigkeit um einen weiter gefassten operativen und fähigkeitsorientierten Aufbau von See- und Luftkapazitäten erweitert. In diesem Rahmen koordiniert das Vereinigte Königreich federführend die Beiträge der Verbündeten zur Weiterentwicklung der ukrainischen Marine im Zuge einer multinationalen Marineausbildungsinitiative, die im September 2020 angelaufen ist. Die HMS Trent führte bei einem Hafenbesuch in Odessa im Mai 2021 im Rahmen der Initiative eine Marineausbildung durch.

Entscheidend ist, dass die Hilfestellung des Vereinigten Königreichs an die Ukraine offen und transparent erfolgt und die Zustimmung der Ukraine als Gaststaat genießt – in krassem Gegensatz zu Russlands destabilisierenden Aktionen im Donbass.

Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) beobachtet auch regelmäßig hochentwickelte russische Militärausrüstung, die niemals Teil des militärischen Arsenal der Ukraine war. Vor zwei Wochen ersuchten wir die russische Delegation um eine Erklärung für die Präsenz des hochmodernen russischen EloKa-Systems RB-636 Swet KU, das von der SMM am 29. Mai in der Nähe des nicht von der Regierung kontrollierten Nowoasowsk nahe der ukrainisch-russischen Grenze gesichtet wurde. Wir möchten anmerken, dass dieses System 2012 im russischen Heer in Dienst genommen und niemals an die Ukraine geliefert wurde. Wie ist dieses System in die Ukraine gelangt? Wer bedient dieses System, wofür eine spezielle Ausbildung erforderlich ist?

In diesem Zusammenhang stellen wir auch fest, dass Russland noch keine Erklärung für die Präsenz von Fahrzeugen vom Typ UAZ-23632 ESAUL und den zugehörigen Truppen geliefert hat, die von einem unbemannten Luftfahrzeug der SMM eindeutig im Donbass beobachtet wurden. Diese Fahrzeuge wurden 2018 bei den russischen Bodentruppen in Dienst genommen.

Die vergeblichen Versuche Russlands, seine Rolle in diesem Konflikt zu verschleiern und sich fälschlicherweise als Vermittler darzustellen, überzeugen niemanden und behindern

nur die Bemühungen um eine friedliche Lösung. Wir fordern Russland auf, sich stattdessen auf den Abzug seines militärischen Personals und seiner Waffen aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine zu konzentrieren, seine Unterstützung für die von ihm unterhaltenen bewaffneten Truppenformationen einzustellen und den Zugangsbeschränkungen und den Einschüchterungen ein Ende zu setzen, denen die SMM in den von diesen Formationen kontrollierten Gebieten ausgesetzt ist.

Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die Minsker Vereinbarungen im Hinblick auf eine friedliche Lösung des Konflikts unter vollständiger Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine sowie für die diesbezügliche Arbeit der Trilateralen Kontaktgruppe und des Normandie-Quartetts. Russland muss seinen Teil dazu beitragen und seine Verpflichtungen erfüllen.

Abschließend, Herr Vorsitzender, verurteilt das Vereinigte Königreich erneut die anhaltende Militarisierung der Krim, des Asowschen Meeres und des Schwarzen Meeres. Die jüngste Entsendung einer großen Zahl russischer Streitkräfte auf die rechtswidrig annektierte Krim und die anschließende groß angelegte Übung waren provozierend, aggressiv und völlig inakzeptabel. Wir bekräftigen auch unsere große Besorgnis über die Entscheidung der Russischen Föderation, von April bis Oktober Einschränkungen für bestimmte Teile des Schwarzen Meeres einschließlich der Zufahrten zur Straße von Kertsch zu verhängen. Diese Aktionen sind ungerechtfertigt und destabilisierend.

Das Vereinigte Königreich unterstützt nachdrücklich die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer. Wir erkennen die rechtswidrige Annexion der Krim durch Russland nicht an und werden dies auch weiterhin nicht tun. Das Vereinigte Königreich ist stets Seite an Seite mit der Ukraine gegen alle Fälle von russischer Aggression gegen die Ukraine aufgetreten, und wir werden dies auch in Zukunft tun, auch durch Sanktionen, zusammen mit unseren internationalen Partnern.

---

**980. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 986, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

wir sind nach wie vor zutiefst beunruhigt über das anhaltend ausweichende Verhalten Russlands, den Mangel an Transparenz und sein Schweigen in Bezug auf berechnete Besorgnisse über seinen beispiellosen militärischen Aufmarsch auf der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim und an der Ostgrenze mit der Ukraine. Wir bekräftigen unsere Aufforderung an die Russische Föderation, konstruktive Bemühungen um eine Deeskalation der Spannungen zu unternehmen und ihre Taktik des Verleugnens und Ablenkens aufzugeben. Russland muss die bewaffneten Formationen, die es mit Nachschub versorgt, die unter seiner Führung stehen und mit denen es gemeinsam kämpft, anweisen, ihre provozierenden Handlungen einzustellen; besonders besorgt waren wir über Berichte über Kleinwaffenbeschuss in unmittelbarer Nähe einer Patrouille der Sonderbeobachtermission (SMM) am 18. Juni in dem nicht von der Regierung kontrollierten Sentjaniwka. Unsere Beobachterinnen und Beobachter von der SMM müssen verlässliche Sicherheitsgarantien erhalten, damit sie ihre mandatsgemäßen Aufgaben sicher ausführen können.

Wir sind auch weiterhin tief besorgt darüber, dass die hohe Zahl der Verletzungen der Waffenruhe nicht zurückgegangen ist. In der vergangenen Woche kam es erneut zu fast 2 000 Verletzungen der Waffenruhe, wobei es am 17. Juni mit 994 Verstößen zu einem deutlichen Ausreißer kam. 867 dieser 994 Verstöße wurden einer Übung im scharfen Schuss außerhalb der Sicherheitszone in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten zugeordnet. Ungefähr 20 Prozent der übrigen militärischen Aktivität wurde im Bereich Perwomajsk – Popasna –Solote beobachtet.

Erneut hat die SMM bei ihrer Arbeit zur Ermöglichung des Betriebs der Filterstation in Donezk zahlreiche ungeklärte Explosionen und schwere Maschinengewehrsalven beobachtet, allesamt ihrer Einschätzung nach innerhalb eines Radius von 5 Kilometern um die Filterstation. Besorgniserregenderweise ereigneten sich mehrere dieser Explosionen, als gerade ein Bus mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Filterstation von Donezk von der Station nach Jasinuwata unterwegs war. Weiterhin werden schwere Waffen jenseits der Rückzugslinien gesichtet, wobei fünf Panzer und drei Granatwerfer in nicht von der Regierung kontrollierten Teilen der Oblast Donezk beobachtet wurden und 123 Panzer,

19 Haubitzen und neun Panzerabwehrkanonen als außerhalb ihrer ausgewiesenen Lagerbereiche befindlich gemeldet wurden. Darüber hinaus scheint sich die Situation in den Entflechtungsgebieten und in deren Umkreis zu verschlechtern, wobei es im Entflechtungsgebiet Petriwske fast täglich zu Verletzungen der Waffenruhe kommt.

Da ist es traurigerweise fast müßig zu erwähnen, dass der Alltag für die Zivilbevölkerung in der Ostukraine sehr schwierig bleibt. Die Kontrollposten der bewaffneten Verbände bei Solote und Schtschastja bleiben geschlossen, obwohl die ukrainische Regierung die zugehörigen Einreise-/Ausreisekontrollposten schon vor Monaten geöffnet hat. Und wenn wir auch erleichtert sind, dass die SMM in der vergangenen Woche keine zivilen Opfer gemeldet hat, sind wir doch zutiefst besorgt angesichts der Berichte über neue Minenfelder bei Nabereschne, Wasiliwka und Datschne, allesamt in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten. Besonders besorgniserregend finden wir, dass all diese Minen in der Nähe von Wohngebieten verlegt wurden.

Wir waren zutiefst beunruhigt, als die SMM von Plakaten in mehreren Gemeinden in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten berichtete, auf denen Männern und Frauen der Eintritt in die bewaffneten Verbände als Beschäftigungsmöglichkeit angepriesen wird. Diese Plakate versprechen nicht nur eine finanzielle Entlohnung, nein, noch verstörender ist die darin zugesagte „Hilfe bei der Beschaffung von ‚Pässen‘ und Staatsbürgerschaften eines Nachbarlandes“. Dieses Vorgehen ist nicht gerade subtil und bei der Suche nach einer Lösung dieses Konflikts alles andere als hilfreich. Wir fordern die Russische Föderation auf, dafür zu sorgen, dass dieser Praxis unverzüglich ein Ende gesetzt wird.

Herr Vorsitzender,

neben den verschiedenen Gefahren, denen sie Tag für Tag ausgesetzt ist, ist die SMM weiterhin mit ständigen Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit konfrontiert, unter anderem durch den zynischen Einsatz von „COVID-19-Schutzmaßnahmen“ als Vorwand seitens der bewaffneten Verbände, um Patrouillen die Durchfahrt zu verweigern. Die SMM muss sicheren und ungehinderten Zugang in der gesamten Ukraine im Einklang mit ihrem Mandat erhalten. Die ständigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Mission, fast immer in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten, müssen aufhören. Darüber hinaus sind Störungen der Ausrüstung der SMM absolut inakzeptabel und müssen sofort eingestellt werden. Am 16. Juni ging ein unbemanntes Mini-Luftfahrzeug (Mini-UAV) verloren, das offenbar mit Kleinwaffen abgeschossen wurde; am darauffolgenden Tag sowie erneut am 20. Juni wurden im nicht von der Regierung kontrollierten Horliwka Schüsse auf eine weitere Minidrohne der SMM abgefeuert. Die UAV der SMM konnten aufgrund der Intensität der Signalstörungen, denen sie ausgesetzt waren, in 11 Fällen nicht starten; 54-mal kam es bei UAV zu GPS-Signalstörungen, als deren Grund wahrscheinliche Störsignale ermittelt wurden. Wir fordern Russland erneut auf, die Präsenz seines modernen EloKa-Systems Schitel in der Ostukraine zu erklären. Wir möchten auch noch einmal darauf hinweisen, dass die Russische Föderation noch immer nicht die Präsenz hochmoderner russischer Ausrüstung wie Schitel in der Ostukraine erklärt hat, trotz unserer unmissverständlichen Ersuchen um eine Erklärung und der unwiderlegbaren Bildbeweise für diese Präsenz.

Herr Vorsitzender,

die Krim und die Stadt Sewastopol sind völkerrechtlich nach wie vor Teil der Ukraine. Wir verurteilen die eklatante Verletzung der ukrainischen Souveränität durch Russland und bedauern die Auswirkungen des Konflikts auf die Bevölkerung in der Ostukraine und auf der Krim sowie auf die allgemeine Sicherheitslage in der ganzen Schwarzmeerregion.

Besonders besorgt sind wir nach wie vor über die von Russland für einen Zeitraum von sechs Monaten verhängten Einschränkungen der freien Schifffahrt in einigen Teilen des Schwarzen Meeres, insbesondere bei der Zufahrt zur Straße von Kertsch. Durch diese Restriktionen wird die faktische Blockade der ukrainischen Häfen am Asowschen Meer fortgesetzt; in Kombination mit der Verlegung einer großen Zahl von Schiffen der russischen Streitkräfte vom Kaspischen ins Schwarze Meer sind sie eine bewusste Provokation und höchst destabilisierend.

Herr Vorsitzender,

Kanada hält unerschütterlich an seiner Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Schifffahrtsrechte in ihren Hoheitsgewässern fest. Wir werden weiterhin Druck ausüben, auch durch anhaltende Sanktionen, bis die Russische Föderation ihre Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen vollständig erfüllt, einschließlich des Abzugs aller bewaffneten Truppenteile, sämtlicher militärischer Ausrüstung und aller Söldnerinnen und Söldner aus der Ukraine sowie der Rückgabe der vollen Kontrolle über die Grenze an die ukrainische Regierung.

Danke.

---

**980. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 986, Punkt 2 (e) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

im Geiste der Transparenz und angesichts der erhöhten Aufmerksamkeit, die derzeit der Schwarzmeerregion und der dortigen militärischen Aktivität zuteilwird, erachtet es die Ukraine für angemessen, die anderen OSZE-Teilnehmerstaaten im Voraus über die geplante Übung „Sea Breeze 2021“ zu unterrichten.

„Sea Breeze 2021“ ist eine multinationale Marineübung, an der insgesamt 32 Länder beteiligt sind: Ägypten, Albanien, Australien, Brasilien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Israel, Italien, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Marokko, Moldau, Norwegen, Pakistan, Polen, Republik Korea, Rumänien, Senegal, Spanien, Schweden, Tunesien, Türkei, Ukraine, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten von Amerika.

„Sea Breeze 2021“ ist eine Übung auf operativer und taktischer Ebene und umfasst Führungsstabsausbildung und Gefechtsausbildung im scharfen Schuss. Ziel der Übung ist es, die Stäbe und Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte in der Durchführung ihnen zugewiesener Aufgaben bei multinationalen Einsätzen zu schulen; dabei geht es insbesondere um die Aufgaben, die von einer für die Friedenssicherung und die Gewährleistung der Sicherheit verantwortlichen multinationalen Truppe erwartet werden.

Die Hauptziele sind:

- Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte in der Durchführung gemeinsamer Aktionen zusammen mit militärischen Formationen der nationalen Streitkräfte der Partnerstaaten
- Ausbildung von multinationalen Streitkräften in der Durchführung von Einsätzen zur Marinesicherung in einer Krisenregion mit den Schwerpunkten Schiffsabwehr, Flugzeugabwehr, U-Bootabwehr, Minenabwehr, Landungsabwehr und Bekämpfung illegaler bewaffneter Formationen in bestimmten Gebieten

- Üben der Landung von Marine- und Luftangriffskräften mit Unterstützung durch Luftkräfte, Bodentruppen und Sondereinsatzkräfte
- Verbesserung der Koordinierung von Planungs-, Ausbildungs- und Führungsfunktionen auf taktischer und operativer Ebene

Die eigentliche Übung wird vom 28. Juni bis 10. Juli 2021 durchgeführt, gegliedert in insgesamt vier unterschiedliche Phasen:

- Phase I (14. – 27. Juni) – Ankunft der Truppenteile der Heere und Marinen der Teilnehmerländer und Einrichtung von Kontrollpunkten
- Phase II (28. Juni – 4. Juli) – operative Koordination der verschiedenen Truppenteile
- Phase III (5. – 9. Juli) – aktive Phase unter Beteiligung einer Formation aus Überwasserschiffen, Küstentruppen und Lufteinsatzmitteln;
- Phase IV (10. – 12. Juli) - Abschluss der Übung und Abreise der Heeres- und Marinetruppenteile

Die Übung findet auf dem Marinestützpunkt „Süd“, in den Häfen von Otschakiw und Odessa, im nordwestlichen Teil des Schwarzen Meeres, im Dnister-Liman, auf dem 241. Truppenübungsplatz, auf den Nehrungen Tendra und Kinburn, der Schlangeninsel (Ostriw Smijinyj) und der Insel Perwomajskyj, auf den Militärflugplätzen Schkilnyj, Kulbakino und Tschornobaiwka, auf dem Flugplatz Arzyz und auf dem internationalen Flughafen Odessa statt.

Hauptplanungs- und Kontrollorgan für diese Übung ist das ukrainische Marinekommando; es werden Truppenteile der ukrainischen Seestreitkräfte, Luftstreitkräfte, Landstreitkräfte, Sondereinsatzkräfte, Unterstützungskräfte und Verteidigungskräfte (insgesamt bis zu 1 375 ukrainische Militärangehörige) sowie Truppenteile der nationalen Streitkräfte von Partnerländern teilnehmen, darunter die Vereinigten Staaten (bis zu 1 000 Mann einschließlich Schiffsbesatzungen sowie bis zu 300 Marineinfanteristinnen und -infanteristen), Kanada (bis zu 20 Mann), Georgien (bis zu 50 Mann), Moldau (bis zu 30 Mann), Bulgarien (bis zu 20 Mann), Polen (bis zu 30 Mann), Lettland (bis zu 15 Mann) und Tunesien (bis zu 24 Mann). Insgesamt werden an der Übung 5 000 Mann einschließlich der Besatzungen von Kriegsschiffen, Booten und sonstigen Schiffen teilnehmen.

Die an der Übung beteiligten Hauptwaffensysteme und das an der Übung beteiligte Großgerät umfassen:

- bis zu sieben Kriegsschiffe und zwölf Boote unterschiedlicher Typen und mit unterschiedlichen Einsatzzwecken – diese gehören zur Marine der Ukraine, der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Rumäniens, Georgiens, Bulgariens, Italiens, der Türkei und Frankreichs – sowie weitere Hilfsschiffe, in Summe bis zu 32 Schiffe

- sechs Su-25-Kampfflugzeuge, zwei Su-24-Kampfflugzeuge und zwei IL-76-Kampfflugzeuge (Ukraine), zwei EF-2000-Kampfflugzeuge (Vereinigtes Königreich), eine P-8A „Poseidon“, zwei SV-22-Wandelflugzeuge und eine C-130 „Hercules“ (Vereinigte Staaten) sowie verschiedene Transport- und Versorgungsflugfahrzeuge, in Summe bis zu 40 Luftfahrzeuge
- bis zu 20 gepanzerte Mannschaftstransportwagen der Typen BTR-80 und Kosak
- vier T-80-Panzer
- bis zu sechs Artilleriesysteme mit einem Kaliber von über 100 mm.

Grundlage der Abhaltung der Übung „Sea Breeze 2021“ auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine sind der Erlass Nr. 570/2020 des Präsidenten der Ukraine vom 16. Dezember 2020 „über den Plan zur Durchführung multinationaler Übungen unter Beteiligung von Truppenteilen der Streitkräfte der Ukraine auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine und zu deren Teilnahme an multinationalen Übungen außerhalb der Ukraine im Jahr 2021 sowie über die Aufnahme von Truppenteilen der Streitkräfte anderer Staaten auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine zwecks Teilnahme an multinationalen Übungen im Jahr 2021“ sowie das Gesetz Nr. 1131-IX vom 26. Januar 2021 „über die Genehmigung des Beschlusses des Präsidenten der Ukraine über die Aufnahme von Truppenteilen der Streitkräfte anderer Staaten auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine zwecks Teilnahme an multinationalen Übungen im Jahr 2021“.

Die Ukraine informierte die Teilnehmerstaaten am 6. April 2021 über das OSZE-Kommunikationsnetz mit der Notifikation NCBM-UA/21/0001/F07/O (Format: CSBM NF BS F07) im Voraus über die Übung „Sea Breeze 2021“.

Herr Vorsitzender,  
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

wir möchten darauf hinweisen, dass die Ukraine, obwohl „Sea Breeze 2021“ als Marineübung formal nicht unter die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen nach dem Wiener Dokument 2011 fällt, dennoch freiwillig diese Informationen bereitgestellt hat, da die Übung Auswirkungen auf die Entwicklung der politisch-militärischen Lage in der Region haben könnte.

Wir betonen auch, dass die Ukraine mit dieser freiwilligen Unterrichtung ihr Bekenntnis zu den Prinzipien der Berechenbarkeit, der Transparenz und der Offenheit in Bezug auf ihre militärischen Aktivitäten im Interesse der Gewährleistung der regionalen Sicherheit und Stabilität unter Beweis gestellt hat.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, und ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, dass Sie mir das Wort erteilt haben.

---

**980. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 986, Punkt 3 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER SCHWEIZ**

Frau Vorsitzende,  
Exzellenzen,  
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

die Schweiz weiß alle Bemühungen um die Fortsetzung der Erörterungen über Transparenz bei militärischen Übungen und Aktivitäten zu schätzen, und wir möchten zunächst den heutigen Hauptreferenten für ihre informativen Vorträge danken.

In Bezug auf den kürzlich abgehaltenen siebten Experten-Workshop zu Trends bei Streitkräften und militärischen Übungen sprechen wir dem spanischen Vorsitzenden der informellen Arbeitsgruppe für den strukturierten Dialog unseren Dank für die im Rahmen des Workshops organisierte szenarienbasierte Diskussion aus. Diese Veranstaltung erwies sich insofern als nützlich, als sie die Einschätzung der Wahrnehmungen der Teilnehmenden und die Ermittlung einiger Bereiche erlaubte, in denen mehr Transparenz für die Teilnehmerstaaten von Vorteil wäre. Diskussionen wie die im Rahmen des Workshops geführten tragen dazu bei, dass gemeinsame Ansätze erarbeitet und Ideen zur Aktualisierung des Wiener Dokuments und anderer vertrauens- und sicherheitsfördernder Maßnahmen entwickelt werden.

Frau Vorsitzende,

was die Transparenz anbelangt, möchte die Schweiz die folgenden drei Punkte hervorheben.

Erstens zur aktuellen Lage: Die anhaltende Erosion des Vertrauens und die Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie haben sich negativ auf die Transparenz im OSZE-Raum ausgewirkt. In solchen Zeiten der Unsicherheit wird die Transparenz bei militärischen Übungen und Aktivitäten noch wichtiger, um Missverständnisse und eine unbeabsichtigte Eskalation von Spannungen zu verhindern, die zu einem bewaffneten Konflikt führen könnte.

Zweitens zu unseren bestehenden Instrumenten und Werkzeugen: Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass wir den Acquis der OSZE an vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen bewahren und Letztere in ihrer Gesamtheit einhalten. Wir müssen die bestehenden Instrumente nutzen und unser Hauptaugenmerk auf deren vollständige Umsetzung lenken. Langfristig müssen diese Instrumente jedoch – unter anderem das Wiener Dokument – modernisiert und an die militärischen und technologischen Gegebenheiten des einundzwanzigsten Jahrhunderts angepasst werden, damit der Grad an Offenheit und Transparenz zwischen den Teilnehmerstaaten erhalten bleibt oder gar erhöht wird.

Drittens zu freiwilligen Transparenzmaßnahmen: Diese können zwar die unter der Ägide der OSZE verabschiedeten verbindlichen Instrumente nicht ersetzen, sind aber ein zusätzliches Mittel zur Verbesserung der Transparenz und zur Förderung des gegenseitigen Vertrauens. Wir begrüßen daher jegliche freiwilligen Maßnahmen, die die Teilnehmerstaaten gegebenenfalls ergreifen.

Frau Vorsitzende,

nachdem diese Delegation in der heutigen Sitzung der Arbeitsgruppe A die Präsentation des Konfliktverhütungszentrums (KVZ) über die Trends bei der Umsetzung unserer Verpflichtungen aufmerksam verfolgt hat, stellt sie erneut mit Bedauern fest, dass einige Teilnehmerstaaten keine Informationen austauschen und ihre Vertreterinnen und Vertreter nicht an den einschlägigen Foren teilnehmen. Die Schweiz möchte die Teilnehmerstaaten ermutigen, auf das heute Morgen gemachte Angebot einzugehen und sich an das KVZ zu wenden, um Unterstützung und Hilfestellung zu erhalten. Die Schweiz ist, wie schon bisher, gerne bereit, das KVZ bei der Bereitstellung von Hilfe zu unterstützen, um allen Teilnehmerstaaten die vollständige und zeitgerechte Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu ermöglichen.

Lassen Sie mich abschließend betonen, dass die Erhöhung der Transparenz durch Bereitstellung von Informationen der Schlüssel zur Stärkung des Vertrauens ist. Wenn wir keine präzisen und aktuellen, fakten- und evidenzbasierten Informationen austauschen, untergraben wir die Grundlagen, auf denen die OSZE und unsere gemeinsame Sicherheit aufgebaut sind. Der zweite Hauptreferent des heutigen Tages erwähnte „politischen Willen“ als Grundvoraussetzung für eine solide, auf Offenheit und Transparenz basierende Zusammenarbeit. Dementsprechend fordert die Schweiz dazu auf, dass wir als OSZE-Teilnehmerstaaten unseren gemeinsamen politischen Willen unter Beweis stellen, um in einer konstruktiven Atmosphäre jene Themen anzugehen, die für die Zukunft unserer unteilbaren Sicherheit und die Stabilität im OSZE-Raum relevant sind.

Ich danke Ihnen, verehrte Exzellenzen und liebe Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Aufmerksamkeit.

Danke, Frau Vorsitzende.

---

**980. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 986, Punkt 3 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Militärische Transparenz ist ein wesentlicher Baustein für Sicherheit und Stabilität. Transparenz und der Informationsaustausch über Übungen und andere militärische Aktivitäten schaffen Vertrauen zwischen den Teilnehmerstaaten, verhindern Missverständnisse und verringern das Risiko von Fehleinschätzungen. Diese Ziele können nur durch die vollständige Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen und die Modernisierung des Wiener Dokuments vollständig erreicht werden.

Die Notifikationen nach dem Wiener Dokument liefern unter anderem nützliche Informationen über die Fähigkeiten der jeweiligen Teilnehmerstaaten, die Anzahl des Personals sowie die Anzahl und Typen von Großgerät und Hauptwaffensystemen, die an einer militärischen Aktivität beteiligt sind. Die Verpflichtung, bestimmte Übungen 42 Tage im Voraus anzukündigen, trägt dazu bei, mögliche Besorgnisse zu zerstreuen, indem sie für Transparenz sorgt und die Koordination vertrauensbildender Aktivitäten wie Inspektionen und Beobachtungen militärischer Aktivitäten ermöglicht. Eine Herabsetzung der Schwellen für die Notifikation und Beobachtung militärischer Aktivitäten würde diese Transparenz weiter erhöhen.

Die Notifikation des allgemeinen Zwecks einer Übung samt einer Beschreibung der einzelnen Phasen und einer Erklärung des taktischen Zwecks jeder Phase kann ebenfalls zur Vermittlung von Absichten beitragen. Aktivitäten, die nicht notifiziert werden oder aber auf eine Art und Weise notifiziert werden, die mit einer transparenten Berichterstattung und/oder einer Beurteilung mit den technischen Mitteln der Einzelstaaten unvereinbar ist, können besonders beunruhigend sein.

Die Notifikationen nach dem Wiener Dokument sind die wesentliche Grundlage für militärische Transparenz in Europa. Im Vorfeld der Übung „Defender Europe 2021“ haben die Vereinigten Staaten die Übung zunächst im November 2020 nach dem Wiener Dokument notifiziert und dann in einer weiteren Notifikation im März 2021 weitere Einzelheiten bekanntgegeben. Wir haben im April 2021 das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) unterrichtet und dem russischen Verteidigungsministerium eine weitere direkte Unterrichtung

zuteilwerden lassen. Bei der Darlegung der Fähigkeiten der an der Übung beteiligten Kräfte und der auf Verteidigung und Abschreckung ausgerichteten Absicht der Übung wurde völlige Transparenz an den Tag gelegt.

Als Geste der zusätzlichen Transparenz haben 2019 fünf NATO-Bündnispartner entweder Unterrichtungen im FSK oder eine freiwillige Beobachtung ihrer Übungen angeboten. Im Jahr 2020 waren es schon sieben NATO-Bündnispartner, die Unterrichtungen im FSK anboten, und ein weiterer Bündnispartner bot auch eine freiwillige Beobachtung an. Diese Transparenz haben wir auch im Jahr 2021 beibehalten: Acht NATO-Übungen waren Gegenstand von Unterrichtungen im FSK, eine dieser Übungen steht außerdem einer freiwilligen Beobachtung offen. Es sei angemerkt, dass diese Steigerung der Transparenzmaßnahmen trotz reduzierter Übungsaktivitäten in den Jahren 2020 und 2021 erfolgt ist.

In diesem Zusammenhang unterstützen die Vereinigten Staaten nachdrücklich die sich in diesem Gremium herausbildende Praxis, freiwillige Unterrichtungen anzubieten, und würden sich dabei über mehr Gegenseitigkeit freuen, zusätzlich zu den nach dem Wiener Dokument erforderlichen Notifikationen der Aktivitäten.

Freiwillige Unterrichtungen sind jedoch kein Ersatz für Notifikationen. Diesbezüglich sind die Vereinigten Staaten nach wie vor besonders besorgt über unangekündigte Alarmierungsübungen – angesichts der oftmals massiven Fähigkeiten, die dabei zum Einsatz kommen, des möglichen Überraschungseffekts und des Fehlens von Transparenzmaßnahmen zur Überprüfung einer möglichen Angriffsabsicht die wohl beunruhigendste Art von Übungen. Auch wenn wir den Wert unangekündigter Ausbildungsaktivitäten anerkennen, bedauern wir, dass die Russische Föderation zuletzt während ihrer groß angelegten, unangekündigten Zusammenziehung von Kräften in der Ukraine und in deren Nähe im Frühjahr dieses Jahres jegliche Transparenz vermissen ließ. Russland hat sich dafür entschieden, keine Notifikationen auszugeben, keine freiwilligen Unterrichtungen anzubieten und, was den Mechanismus zur Verminderung von Risiken nach Absatz 16 des Wiener Dokuments betrifft, auf entsprechende Ersuchen hin nicht die erforderlichen Erklärungen zu liefern. Ein Verhalten, das Bedrohungswahrnehmungen verstärkt und die allgemeine Stabilität bedroht – wie groß angelegte, unangekündigte militärische Übungen in Grenznähe, gepaart mit der bewussten Verweigerung jeglicher Transparenz –, zerstört das Vertrauen, schafft unnötige Spannungen und untergräbt die Bemühungen zur Förderung von militärischer Transparenz, Risikominderung und Verhütung von Zwischenfällen.

Der gemeinsame Vorschlag zur Modernisierung des Wiener Dokuments, der von 34 Teilnehmerstaaten mitgetragen wird, bietet einen konkreten Rahmen für die Wiederherstellung der militärischen Transparenz in Europa auf der Grundlage unserer bestehenden Verpflichtungen. Er umfasst auch Schritte zur Verbesserung der Bestimmungen in Kapitel III im Hinblick auf die Schließung bestehender Lücken und eine bessere Ausräumung von Besorgnissen über ungewöhnliche militärische Aktivitäten und gefährliche Zwischenfälle militärischer Art. In diesen Zeiten erhöhter militärischer Spannungen haben wir die Chance, die Transparenz zu verbessern und die Risiken zu vermindern, indem wir uns verpflichten, unverzüglich Verhandlungen über die Aktualisierung des Wiener Dokuments aufzunehmen.

Die Vereinigten Staaten waren erfreut, dass 45 Teilnehmerstaaten auf dem Ministertreffen in Tirana ihre Bereitschaft zur Modernisierung des Wiener Dokuments

bekräftigt und viele Teilnehmerstaaten ihre Unterstützung für zentrale Bestandteile des gemeinsamen Vorschlags zum Ausdruck gebracht haben, darunter:

- die Senkung der Schwellen für die Ankündigung und die Beobachtung militärischer Aktivitäten;
- eine moderate Erhöhung der Anzahl der Inspektions- und Überprüfungsmöglichkeiten
- eine maßvolle Vergrößerung der Gruppengrößen – übrigens ursprünglich eine Idee der Russischen Föderation
- zusätzliche Maßnahmen, die das Einholen von unparteiischen Informationen in Echtzeit ermöglichen, wenn sich Fragen zu ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten ergeben
- die Schaffung größerer Transparenz in Bezug auf militärische Aktivitäten, die ohne vorherige Bekanntgabe an die beteiligten Truppen durchgeführt werden

Die vollständige Einhaltung der bestehenden Verpflichtungen ist unabdingbar, um ein akzeptables Maß an militärischer Transparenz und Stabilität in Europa zu erhalten. Der gemeinsame Vorschlag zur Modernisierung des Wiener Dokuments würde dazu beitragen, Besorgnisse über militärische Aktivitäten und Übungen auszuräumen und Schlupflöcher zu schließen, die dieser Transparenz derzeit im Wege stehen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich bitte um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

---

**980. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 986, Punkt 3 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

da die Delegation von Armenien unser Land erwähnt hat, möchten wir von unserem Recht auf Erwiderung Gebrauch machen.

Die Journale vieler früherer Treffen des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates enthalten viele Erklärungen von uns zu diesem Thema. Ich werde mich daher sehr kurz fassen.

Wir möchten nochmals darauf hinweisen, dass die Türkei in gutem Glauben über die amtlichen Kommunikationswege Informationen über diese militärischen Aktivitäten zur Verfügung gestellt hat.

Es ist bekannt, dass die Türkei und Aserbaidschan seit mehreren Jahren in transparenter Weise gemeinsame Militärübungen durchführen.

Diese Übungen werden in Übereinstimmung mit den Schwellen und Bestimmungen des Wiener Dokuments durchgeführt.

Wenn die armenische Delegation ein Problem mit diesen Schwellen und Bestimmungen hat, legen wir ihr nachdrücklich nahe, sich den Bemühungen um die Modernisierung des Wiener Dokuments anzuschließen und ihre Vorschläge einzubringen.

Schließlich sei daran erinnert, dass Armenien bekanntlich im Juli 2020 einseitig die Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber der Türkei nach dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa und dem Wiener Dokument ausgesetzt hat. Als einem Land, das gegen rechtlich und politisch verbindliche Dokumente verstößt, steht es Armenien nicht zu, andere zu belehren.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Ich danke Ihnen.

---

**980. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 986, Punkt 3 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ARMENIENS**

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich eingangs unseren Hauptreferenten für ihre interessanten Vorträge danken.

Die Gewährleistung militärischer Transparenz und Berechenbarkeit ist der Hauptzweck der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen der OSZE zur Verhütung der Anwendung von Gewalt; Armenien bekennt sich nach wie vor zu den Zielen und Zwecken der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen der OSZE.

Herr Vorsitzender,

die Aggressionshandlungen Aserbaidshans gegen Arzach und seine Bevölkerung 2016 und 2020 führen deutlich den Zusammenhang zwischen dem Mangel an militärischer Transparenz und der Anwendung von Gewalt vor Augen. Meine Delegation hat die Teilnehmerstaaten immer wieder auf die groß angelegten Militärübungen aufmerksam gemacht, die von Aserbaidshan allein oder gemeinsam mit der Türkei ohne vorherige Ankündigung durchgeführt wurden. Die beiden Kriege, die zu Gräueltaten, zu massenhaften Tötungen, zur Vertreibung vieler Menschen, zu willkürlichen Angriffen auf zivile Siedlungen und anderen Verbrechen geführt haben, haben bestätigt, dass unsere Besorgnis berechtigt war, dass alle diese groß angelegten Militärübungen, die von systematischen Verstößen gegen das Wiener Dokument, der unkontrollierten Anhäufung schwerer Waffen und der Androhung von Gewalt begleitet wurden, nichts anderes als Vorbereitungen für einen offenen Krieg waren.

Aserbaidshan hat auch nach der trilateralen Erklärung am 9. November 2020, die den Kampfhandlungen ein Ende setzte, nicht von seiner Politik der Provokation abgelassen. Seit dem Ende des Krieges hat Aserbaidshan bereits fünf groß angelegte Militärübungen, teils gemeinsam mit der Türkei, durchgeführt. Darüber hinaus hatten alle diese Übungen offensiven Charakter und wurden von äußerst provozierenden Erklärungen begleitet. Die jüngste dieser groß angelegten Militärübungen wurde vom 16. bis 20. Mai von Aserbaidshan durchgeführt; es waren bis zu 15 000 Militärangehörige, bis zu 300 Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge, bis zu 400 Raketen- und Artilleriesysteme verschiedenen Kalibers,

Mehrfachraketenwerfer, Granatwerfer und Panzerabwehrwaffen und bis zu 50 Heeresflieger, darunter unbemannte Luftfahrzeuge, daran beteiligt. Unser Ersuchen um nähere Informationen zu den Parametern der Übung blieben erneut unbeantwortet, während von den Verstößen Aserbaidischans gegen die Bestimmungen des Wiener Dokuments in Bezug auf die vorherige Ankündigung bestimmter militärischer Aktivitäten mit repetitiven und trivialen Angaben zur Zusammensetzung der an der Übung beteiligten Truppen abgelenkt wurde. Die beharrliche Weigerung Aserbaidischans, auf unsere Ersuchen hin die Parameter der Übungen klarzustellen, zeugt von seiner völligen Missachtung seiner eigenen Verpflichtungen, der Normen für verantwortungsbewusstes staatliches Verhalten und von Frieden und Sicherheit in der Region. Vor diesem Hintergrund sind alle Erklärungen Aserbaidischans, es wolle Frieden und Sicherheit in der Region fördern, scheinheilig und irreführend.

Herr Vorsitzender,

im Lichte der jüngsten Gewaltanwendung Aserbaidischans gegen Arzach, der ständigen Drohungen und Gebietsansprüche des Präsidenten von Aserbaidischans gegenüber Armenien und der Einfälle der aserbaidischanschen Streitkräfte in souveränes Hoheitsgebiet Armeniens erachten wir diese unangekündigten militärischen Übungen als konkrete Bedrohung für Armenien und Arzach und für den Frieden und die Stabilität in der Region. Die Kriege gegen Arzach sollten der OSZE als ständige Mahnung an die Bedrohungen und das menschliche Leid dienen, auf die ein Mangel an militärischer Transparenz nur allzu leicht hinausläuft. Wir wiederholen unsere Aufforderung an alle OSZE-Teilnehmerstaaten, für unsere gemeinsamen Verpflichtungen einzustehen und sich unmissverständlich gegen deren Verletzungen auszusprechen.

---

**980. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 986, Punkt 3 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ARMENIENS**

Wir haben unseren Standpunkt betreffend die Entscheidung Armeniens, Militärinspektionen durch die Türkei und die Teilnahme türkischer Gastinspektorinnen und -inspektoren an multinationalen Inspektionen auf dem Hoheitsgebiet der Republik Armenien auszusetzen, schon mehrfach dargelegt. Nachdem dieser Punkt immer wieder zur Sprache gebracht wird, möchte ich etwas eingehender dazu Stellung nehmen.

Die aggressive Politik und die militärischen Drohgebärden der Türkei gegenüber Armenien sind allseits bekannt. Ein Land, das seit über einem Jahrhundert den Völkermord an den Armenierinnen und Armeniern rechtfertigt und darauf beharrt, dass dieses Verbrechen straflos bleibt, bringt seine uneingeschränkte Unterstützung für Aserbaidschan bei dessen Versuch, neue Verbrechen gegen Armenierinnen und Armenier zu begehen, offen zum Ausdruck. Die Türkei war der einzige OSZE-Teilnehmerstaat, der im April 2016 seine bedingungslose Unterstützung für die Aggression Aserbaidschans gegen Arzach erklärte. Seit dem 12. Juli 2020, als die aserbaidshanschen Streitkräfte einen Angriff auf den nord-östlichen Teil der Staatsgrenze zwischen Armenien und Aserbaidschan starteten, droht die Türkei Armenien auf beispiellose Art und Weise und unterstützt einseitig die militärischen Provokationen Aserbaidschans gegen Armenien. Seit dem Beginn des 44-tägigen Angriffskriegs im September 2020 hat die Türkei Aserbaidschan uneingeschränkte politische und militärische Unterstützung gewährt. Sämtliche Militäroperationen Aserbaidschans wurden vom türkischen Militär koordiniert und unter Einsatz von militärischer Ausrüstung und Waffen, die von der Türkei zur Verfügung gestellt worden waren, durchgeführt. Darüber hinaus rekrutierte die Türkei über 4.000 ausländische terroristische Kämpferinnen und Kämpfer und Dschihadistinnen und Dschihadisten und verlegte sie nach Aserbaidschan, damit sie dort gegen Armenien und Arzach kämpfen.

Ungeachtet der jahrzehntelangen armenierfeindlichen Politik der Türkei hat Armenien bis letztes Jahr alljährlich Militärinspektionen der Türkei nach dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa und dem Wiener Dokument aufgenommen. Angesichts legitimer Sicherheitsbesorgnisse hat die Regierung Armeniens 2020 beschlossen, die Militärinspektionen durch die Türkei und die Teilnahme türkischer Gastinspektorinnen und -inspektoren an multinationalen Inspektionen auf dem Hoheitsgebiet der Republik Armenien auszusetzen. Jede von der Türkei auf armenischem Hoheitsgebiet durchgeführte militärische Aktivität würde die Sicherheitsinteressen Armeniens beeinträchtigen und die Sicherheit seiner Bevölkerung gefährden.